

Tauziehen um Milliarden geht weiter

Die Verhandlungen zum Finanzausgleich bleiben schwierig.

WIEN, BREGENZ Es werde „frisches Geld“ geben. Im Gegenzug muss es aber Reformen geben. Das war der Grundtenor der Pressekonferenz von Gesundheits- und Sozialminister Johannes Rauch (Grüne) und Finanzminister Magnus Brunner (ÖVP) zu den aktuellen Verhandlungen mit den Bundesländern zum Finanzausgleich. Im Büro von Landeshauptmann Markus Wallner (ÖVP) gab man sich auf VN-Nachfrage abwartend, obwohl mehr Geld versprochen wurde.

Insgesamt versprochen die zuständigen Minister über fünf Jahre bis zu zehn Milliarden Euro für die Bereiche Gesundheit und Pflege zusätzlich zur Verfügung zu stellen. „Der Bund hat damit heute erstmals ein konkretes Zahlengerüst vorgelegt. Nun ist die Kernfrage, wie viel tatsächlich zusätzlich vorgelegt wurde“, heißt es weiter aus dem Büro Wallner. Man wolle nun prüfen. Die Summe klinge nach viel, aber vieles davon sei bereits einmal versprochen worden.

Reformen eingefordert

Die Minister sprachen von einer „ganz anderen Dimension als beim letzten Finanzausgleich“. Im Büro Wallner ortet man hingegen bislang „keinen großen Wurf“. Denn teils gehe es zwar um zusätzliches Geld, teils aber um Zuwendungen, die es jetzt schon gibt, die aber auslaufen würden. „Geld alleine ist nicht die Lösung, es braucht auch Reformen“, betonte Brunner. Dazu gehörten vor allem Schritte im Ge-



Rauch und Brunner verhandeln weiter. APA



„Kernfrage ist, wie viel tatsächlich an **zusätzlichen Mitteln** vom Bund vorgelegt wurde.“

Markus Wallner
Landeshauptmann

sundheitswesens, wie Rauch ergänzte. Es werde eine ganze Reihe von Gesetzesänderungen geben müssen.

Ziel sei die Entlastung des stationären Bereichs, also weg von den Spitälern hin zum niedergelassenen Bereich mit dem

Primärversorgungseinrichtungen. Zusätzlich plant man den Ausbau der Fachambulanz in den Spitälern. Wahlärzte sollen an E-Card und ELGA angebunden werden.

Bei der Pflege sollen die zuletzt beschlossenen Pakete langfristig abgesichert werden. Dabei geht es etwa um höhere Gehälter für Beschäftigte, eine Weiterfinanzierung der Förderung für die 24-Stunden-Betreuung und einen Ausbau des Community-Nursing.

Auch Finanzminister Magnus Brunner betonte, dass es mehr Geld für „wichtige Themen“ geben solle. Er pochte jedoch ebenfalls auf Re-



Höhere Gehälter in der Pflege sollen abgesichert bleiben. APA

formen, eine klare Aufgabenverteilung und auf Überprüfbarkeit via Transparenzdatenbank.

„Im Sinne der Patienten“

Angestrebt wird von den Ländern ein Finanzausgleich mit 60,5 Prozent für den Bund, 25 Prozent für die Länder und 14,5 Prozent für die Kommunen. Derzeit sei die Verteilung in etwa so: 66 Prozent Bund, 22 Prozent Länder, 11 Prozent Kommunen.

Das Ringen um den Finanzausgleich wird sich wohl wie üblich bis in den Herbst hinein ziehen. „Es ist im Interesse der Ländern, dass es so rasch wie möglich zu einer Einigung kommt“, heißt es aus dem Büro Wallner. Auch Rauch betonte, dass es bis zum Herbst „im Sinne der Patienten“ zu einem Ergebnis kommen soll. **VN-JUS**

Sicheren Ort schaffen

Psychologin Natalie Gmeiner klärt über Traumapädagogik auf.

SCHWARZACH Ein normaler Umgang für eine gesunde Entwicklung des Kindes ist erforderlich. Dafür setzen sich vor allem Mitarbeitende aus verschiedenen Bereichen des Vorarlberger Kinderdorfs ein. „Alle von ihnen haben eine Ausbildung zur Traumfachberatung gemacht. Diese pädagogische Ausbildung ist eine Art Haltung, die wir auch in den Teams weitertragen“, sagt Natalie Gmeiner, Gesundheitspsychologin und SAFE-Mentorin. Das ist von großer Bedeutung, da sie mit einigen Kindern und Jugendlichen zu tun haben, die schwierige Erfahrungen gemacht haben. „Um sie aufzufangen und einen sicheren Ort zu bieten, bedarf es eines Teams, das da gut reagiert“, betont Gmeiner in der Sendung Vorarlberg LIVE. Dabei soll



Trotz des Verhaltens bei den Kindern und Jugendlichen zu bleiben und das Gespräch zu suchen, ist Traumapädagogik.

Natalie Gmeiner
Gesundheitspsychologin

TRAUMA Psychische Ausnahme-situation, ausgelöst durch schwere Ereignisse

VIDEO
Vorarlberg LIVE
<http://VN.AT/sumebU>

das Verhalten der jungen Heranwachsenden keine Rolle spielen: Sei es aggressiv oder in sich kehrend. „Trotzdem bei ihnen zu bleiben und das Gespräch zu suchen, ist Traumapädagogik“, erklärt die Gesundheitspsychologin. „Wir gehen immer davon aus, dass sie einen Grund für ihr Benehmen haben.“ Dabei versu-

chen die Kinder und Jugendlichen unterschiedliche Probleme zu verarbeiten. Sei es Gewalterfahrung, Mobbing in der Schule oder psychische Erkrankung. Auch auf Elternarbeit wird Wert gelegt: „Wir versuchen im Rahmen der ‚Frühen Hilfe‘ Eltern zu schulen, dass sie ihren Kindern helfen, eine stabile Basis gemeinsam aufzubauen.“



Kommentar
Julia Ortner

Ohnmächtig im Internet

Der Albtraum jedes Social-Media-abhängigen Menschen wurde vergangenen Samstag auf der Kurznachrichtenplattform Twitter wahr: Der Stoff wurde plötzlich rationiert, sprich: eine Beschränkung beim Lesen von Beiträgen eingeführt. Nutzerinnen und

„Mr. Musks **forsche Methoden** offenbaren uns nun die eigene Machtlosigkeit und Abhängigkeit.“

Nutzer mit verifizierten Accounts sollen nur noch maximal 6000 Beiträge pro Tag lesen, für jene mit nicht verifizierten Accounts sind es bis zu 600 Beiträge. Güter-Verknappung wie einst in der DDR – und das Twitter-Volk ist dem ohnmächtig ausgeliefert.

Die Maßnahme sei vorübergehend notwendig, um dem extremen Ausmaß an Datenabschöpfung und Systemmanipulation entgegenzuwirken, teilte Eigentümer Elon Musk seinem Twitter-Volk mit. Das vertraut ihm ja nur bedingt, seitdem der verhaltenoriginelle Milliardär den Kurznachrichtendienst 2022 um 44 Milliarden Dollar gekauft und umgekrempelt hat: Inklusive Massenentlassungen, nachlässiger Inhaltsmoderation, dem Zulassen fragwürdiger Inhalte von fragwürdigen Personen oder dem damit verbundenen signifikanten Rückgang an Werbekunden. Seit der Twitter-Übernahme von Musk nehmen Hassbeiträge messbar zu.

Der Kulturbruch

Hinter der neuen Beschränkungs-Aktion könnte also auch der unelegante Versuch stehen, mehr Menschen in ein Abo zu drängen. Musk ist derjenige, der einen Paradigmen-Wechsel in der

Social-Media-Welt vollzogen hat: Verifizierte Twitter-Accounts, die früher Leuten in der Öffentlichkeit vorbehalten waren, kosten nun zwischen acht und elf Dollar pro Monat. Ein Kulturbruch, davor konnte man auf Facebook, Instagram und Co. immer alles gratis nutzen. Finanziert durch Werbung, die Plattform-Nutzenden sind das Produkt: Sie liefern wertvoll sind. Die Kanäle bekommen zudem Inhalte, die Nutzen dafür Aufmerksamkeit und Anerkennung. Ob sie das alles beruflich, für ihr gesellschaftliches Engagement oder für das Ego brauchen.

Elon Musk hat mit seinen Abos eine Tür aufgestoßen, durch die andere Plattformbetreibende gehen werden, die künftig auch nicht mehr nur auf Werbung als Einnahmequelle setzen. Meta-Chef Mark Zuckerberg hat kürzlich ein Bezahlmodell für Facebook und Instagram eingeführt, das den Zahlenden mehr Sicherheit für ihren Account garantiert. Mr. Musks forschende Methoden offenbaren uns nun die eigene Machtlosigkeit und Abhängigkeit. Die Plattform-Ökonomie der Digitalkonzerne spielt immer ihr Spiel – ihre Algorithmen bestimmen unser Leben mit.

Diese einseitige Beziehung führt zu einem extremen Machtgefälle zwischen den Konzernen und jenen, die ihre Dienste nutzen. Denn die Nutzungsbedingungen können jederzeit einseitig geändert werden. Und man findet sich auf einmal in der Twitter-DDR wieder.

JULIA ORTNER
julia.ortner@vn.at

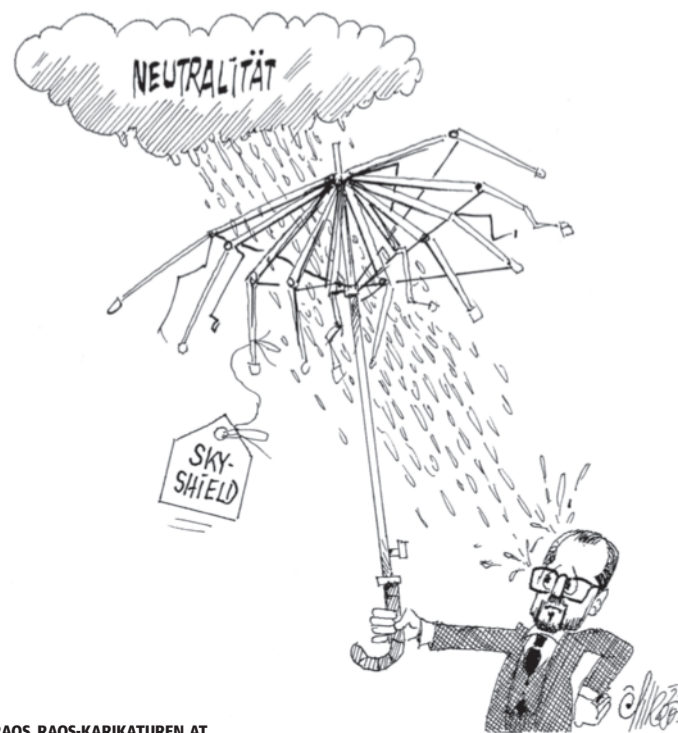
Julia Ortner ist Journalistin mit Vorarlberger Wurzeln, lebt in Wien und arbeitet für den ORF-Report.

IHRE MEINUNG IST GEFRAGT!

Vorarlbergs meistgelesenes Diskussionsforum. leserbriefe@vn.at

KARIKATUR

Nicht ganz dichter Schutzschirm!



SILVIO RAOS, RAOS-KARIKATUREN.AT